

Antrag 25/I/2026**LaVo Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Für feministische Gesundheitspolitik**

- 1 Die SPD Brandenburg steht für eine Gesundheits-
- 2 politik, die alle Menschen in den Blick nimmt. Noch
- 3 immer orientieren sich viele medizinische Standards
- 4 vor allem am männlichen Körper. Das führt dazu,
- 5 dass Beschwerden von Frauen, inter*, nicht-binären,
- 6 trans* und agender Personen (FINTA*) sowie von
- 7 queeren Menschen zu spät erkannt oder nicht ernst
- 8 genug genommen werden.
- 9 Wir wollen, dass Gesundheitsversorgung in Bran-
- 10 denburg gerecht, respektvoll und auf dem aktuellen
- 11 Stand der Wissenschaft ist. Niemand darf aufgrund
- 12 des Geschlechts oder der geschlechtlichen Identität
- 13 benachteiligt werden.
- 14 Deshalb setzt sich die SPD Brandenburg für eine
- 15 (queer)feministische Gesundheitspolitik ein. Sie soll
- 16 bestehende Ungleichheiten abbauen und sicher-
- 17 stellen, dass alle Menschen die medizinische Versor-
- 18 gung erhalten, die sie brauchen – in der Stadt wie
- 19 auf dem Land.
- 20 Diese Ungleichheiten gilt es systematisch abzubauen:
- 21 en:
- 22 Auf Landesebene werden die zuständigen SPD-
- 23 geführten Häuser sowie die Fraktion aufgefordert,
- 24 sich dafür einzusetzen, das:
- 25 1. Curricula-Reform in Ausbildung und Studium
- 26 Die zuständigen Ministerien im Land Bran-
- 27 denburg eine verbindliche Reform der Cur-
- 28ricula in medizinischen, pflegerischen und
- 29therapeutischen Studiengängen sowie Aus-
- 30bildungsberufen vorantreiben. Dabei sind ak-
- 31tuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu ge-
- 32schlechtsspezifischen Unterschieden in Dia-
- 33gnostik, Symptomatik und Therapie systema-
- 34tisch zu integrieren. Dies umfasst insbeson-
- 35dere Unterschiede zwischen Cis-Männern und
- 36FINTA*-Personen.
- 37 2. Schutz und Gleichbehandlung queerer Men-
- 38schen im Gesundheitswesen Konkrete Maß-
- 39nahmen zum Schutz queerer Menschen im
- 40Gesundheitswesen entwickelt und umgesetzt
- 41werden. Dazu gehören diskriminierungssen-
- 42sible Leitlinien, verpflichtende Fortbildungen
- 43für medizinisches Personal sowie die Schaf-

**Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt**

Antragsteller wird gebeten, in Absprache mit GS umzuformulieren

44 fung notwendiger struktureller Vorkehrungen
45 (z. B. geschlechtersensible Anamnese, inklusi-
46 ve Formulare, geschützte Räume).

47 3. Mobile Beratungsangebote im ländlichen
48 Raum Mobile, niedrigschwellige Beratungs-
49 und Unterstützungsangebote für FINTA*-
50 Personen im ländlichen Raum ausgebaut
51 und dauerhaft finanziert werden, um Versor-
52 gungslücken insbesondere außerhalb urbaner
53 Zentren zu schließen.

54 4. Geschlechtersensible Erste-Hilfe-Kurse ge-
55 fördert werden Initiativen zur Entwicklung
56 und Durchführung geschlechtersensibler
57 Erste-Hilfe-Kurse unterstützt und finanziell
58 gefördert werden, um stereotype Annahmen
59 über Symptome (z. B. bei Herzinfarkten)
60 abzubauen und die Versorgungssicherheit zu
61 erhöhen.

62 Auf Bundesebene wird die SPD Brandenburg aufge-
63 fordert, sich dafür einzusetzen, dass:

64 1. Forschungsförderung in geschlechtsspezi-
65 fischer Medizin ausgebaut wird Die For-
66 schungsförderung im Bereich der geschlechts-
67 spezifischen Medizin deutlich erhöht wird,
68 insbesondere bei bislang untererforschten
69 Erkrankungen wie Endometriose.

70 2. Arzneimittelforschung diverser gestaltet wird
71 Klinische Studien zur Erforschung und Zu-
72 lassung von Medikamenten verpflichtend ge-
73 schlechtergerecht ausgestaltet werden. Medi-
74 kamente dürfen nicht weiterhin überwiegend
75 an Cis-Männern getestet werden; vielmehr
76 müssen FINTA*-Personen systematisch einbe-
77 zogen werden, um Nebenwirkungen, Dosie-
78 rungen und Wechselwirkungen realitätsge-
79 recht zu erfassen.

80 3. Selbstbestimmungsrechte gestärkt werden
81 Das Selbstbestimmungsrecht weiterent-
82 wickelt und rechtlich abgesichert wird,
83 insbesondere im Hinblick auf geschlechtliche
84 Identität, körperliche Selbstbestimmung und
85 diskriminierungsfreien Zugang zu Gesund-
86 heitsleistungen.

87 **Begründung**

89 Gesundheit ist ein Menschenrecht und zentrale
90 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Doch
91 unser Gesundheitswesen ist historisch nicht ge-
92 schlechtsneutral entstanden, sondern orientierte

93 sich lange am männlichen Körper als medizinischer
94 Norm. Die Folgen dieser strukturellen Schieflage zei-
95 gen sich bis heute in einem erheblichen „Gender He-
96 alth Gap“.

97 Symptome von Herzinfarkten bei Frauen werden
98 später erkannt, chronische Schmerzerkrankungen
99 wie Endometriose bleiben oft jahrelang undia-
100 gnostiziert, Medikamente werden überwiegend an
101 männlichen Probanden getestet, und geschlechter-
102 spezifische Unterschiede in Wirkung und Neben-
103 wirkung werden zu selten systematisch berücksich-
104 tigt. Gleichzeitig sind Care-Arbeit, Reproduktionsar-
105 beit und psychosoziale Belastungen ungleich ver-
106 teilt und wirken sich unmittelbar auf Gesundheits-
107 verläufe aus.

108 Eine sozialdemokratische Gesundheitspolitik muss
109 diese strukturellen Ungleichheiten benennen und
110 überwinden. Gleichstellung bedeutet nicht, Unter-
111 schiede zu ignorieren, sondern sie wissenschaftlich
112 fundiert zu berücksichtigen. Eine moderne, solida-
113 rische Gesundheitsversorgung muss die Lebensrea-
114 litäten von Frauen, inter-, nicht-binären, trans- und
115 agender Personen von Anfang an mitdenken – in
116 Forschung, Lehre, Versorgung und Prävention.

117 Feministische Gesundheitspolitik ist dabei keine Ni-
118 schenpolitik, sondern Ausdruck unseres sozialde-
119 mokratischen Grundverständnisses von Gerechtig-
120 keit: Wer gleiche Chancen auf ein gesundes Le-
121 ben will, muss strukturelle Benachteiligungen ab-
122 bauen. Dazu gehören geschlechtersensible Datener-
123 hebung, verbindliche Lehrinhalte in medizinischen
124 Ausbildungen, eine bedarfsgerechte Versorgung so-
125 wie die konsequente Berücksichtigung intersektio-
126 naler Perspektiven.

127 Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg
128 zeigen sich Versorgungsungleichheiten besonders
129 deutlich. Eine gerechte Gesundheitsversorgung darf
130 jedoch nicht vom Wohnort, vom Geschlecht oder
131 von der sozialen Lage abhängen.

132 Die SPD Brandenburg versteht feministische Ge-
133 sundheitspolitik daher als Querschnittsaufgabe. Sie
134 ist Bestandteil einer modernen Gleichstellungspo-
135 litik und ein notwendiger Schritt hin zu echter ge-
136 sundheitlicher Chancengleichheit.